

Ratlose Sieger

Streifzüge durch die deutsche Erinnerungskultur

Von Marian Krüger

Je länger die Geschichte der DDR zurückliegt, desto stärker artikulieren die regierenden Politiker der Republik, ihre bestimmenden Wissenschaftler und Publizisten ihr Bedürfnis, sie zu verdammen. Sie erklären die Teilhabe daran fast schon zur staatsbürgerlichen Tugend, zur Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung und persönliche Karriere. Sie ist das zentrale Ritual der staatsoffiziellen DDR-Erinnerungskultur. Das Bemerkenswerte daran ist nicht nur, dass sie in ihrer Einseitigkeit die Frontstellungen des Kalten Krieges fortführt, sondern wie wenig sie im Osten ankommt.

Doch die Repräsentanten der offiziellen Geschichtspolitik reklamieren eines der ehrenwertesten Motive, das sich denken lässt, für sich, um an ihrer Linie festzuhalten. Sie wollen über den wahren Charakter der DDR aufklären. Und diese Art von Aufklärung kommt im Grunde mit nur zwei Vokabeln aus. Sie heißen: »Unrechtsstaat« und »zweite deutsche Diktatur«.

Alle wesentlichen Einsichten, die die offizielle Erinnerungskultur über die DDR bereit hält, können so ohne allzu viel geistige Anstrengung formuliert werden. Der gesamte etablierte Wissenschafts-, Medien- und Kulturbetrieb ist gehalten, sie zu verwenden. Journalisten, Redakteure, Nachrichtensprecher, Lehrer, Wissenschaftler und Funktionäre repetieren die Parole. Und Persönlichkeiten, die da aus der Reihe tanzen, riskieren eine mediale Abmahnung aus der Hauptverwaltung Geschichte, c/o Birthler und Knabe.

Wie diese hingebungsvolle ideologische Arbeit in der ostdeutschen Zivilgesellschaft ankommt, zeigt uns eine Umfrage aus Sachsen-Anhalt aus dem Jahre 2007 (Sachsen-Anhalt Monitor). Nur zwei Prozent der Befragten gaben an, dass es die Medien sind, die ihr DDR-Bild wesentlich prägen. Und offenbar haben nicht nur die Medien ein riesiges Glaubwürdigkeitsproblem, wenn es um die DDR geht, sondern auch die Schule. Nur maximal 13 Prozent glauben hier ihren Lehrern, wenn es um die DDR geht. Die Autorität der offiziellen Geschichtspolitik ist somit verblüffend gering, der Kaiser ist nackt. Eine generationenübergreifende Mehrheit lässt sich mit den Parolen vom Unrechtsstaat nicht abschrecken, soziale Einrichtungen und die egalitäre Moral der DDR auch für die heutige Gesellschaft für nützlich zu halten.

Der deutsch-deutsche Systemvergleich geht weiter. Er ist in ideeller Hinsicht mit dem Untergang der DDR weder beendet noch entschieden. Die Wertschätzung, die die DDR als Sozialstaat, als Garant der Bildungsgerechtigkeit und für ihr Gesundheits- und Kinderbetreuungssystem jeweils erfährt, ist beachtlich. Dort halten deutliche Mehrheiten die DDR in dieser Hinsicht nach wie vor für besser, für überlegen. 84 Prozent sagen, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen besser waren. Eben solche überzeugenden Mehrheiten halten die Bundesrepublik für das wirtschaftlich überlegene System und bringen den bürgerlichen Freiheitsrechten eine hohe Wertschätzung entgegen. Hier ist die Ablehnung der alten DDR-Verhältnisse unmissverständlich.

Mit diesem differenzierten DDR-Bild blamieren die Befragten die offizielle Geschichtspolitik, die die DDR vor allem als Angstgesellschaft ohne Freiheit darstellt, bis auf die Knochen. Doch den »störrischen« Osis, die nicht die Einsichten zeigen, die von ihnen so nachdrücklich erwartet werden, wird nicht zugestanden, sich ihres Verstandes ohne fürsorgliche Anleitung von Leuten aus der Hauptverwaltung Geschichte, wie z. B. Hubertus Knabe, zu bedienen.

Dies ist borniert und reaktionär, nostalgisch und autoritär und vor allem eines: hilflos. Immanuel Kant sagt uns: »Habe Mut, Dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Dies ist der Wahlspruch der Aufklärung«. Sie ist »der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen.« So mag sich die offizielle Erinnerungskultur zwar auf die Expertise von Guido Knopp und Hubertus Knabe berufen können, aber wohl nicht auf die von Immanuel Kant.

Und weil die Menschen nicht nur nach dem urteilen, was war, sondern nach dem, was ist, bleibt die historische Rehabilitierung der sozialen Errungenschaften der DDR im Alltag in vollem Gange. Dies lässt die Sieger der Geschichte im Moment irgendwie ratlos wirken. Die Vorschläge, die nun aus der Hauptverwaltung für Geschichte kommen, das Dilemma zu überwinden, sprechen für sich: Noch mehr Schulklassen nach Hohenschönhausen. Mehr Wanderausstellungen über die Stasi. Vielleicht helfen auch noch ein paar Filme mit Veronica Ferres. Das Doktrinäre und Dumpfe, das geistig Inferiore und kulturell Abstoßende, die allgemeine Beleidigung unseres Verstandes, bleibt weiterhin Methode, die hehre Motive für sich beansprucht.

All das ödet uns zwar an. Aber es hilft uns nicht viel, wenn es darum geht zu verstehen, was der materielle Zweck der staatsoffiziellen Erinnerungskultur ist. Es geht ihr nicht primär darum, an das Leiden derer zu erinnern, die auf die eine oder andere Weise Opfer staatlicher Repression oder politischer Diskriminierung in der DDR wurden. Es geht nicht um Karitas, sondern um Macht. Denn die Parole vom Unrechtsstaat war doch eine treffliche Begründung dafür, die

rechtlichen Besitzstände der DDR-Bürger nach der Deutschen Einheit zur Disposition zu stellen.

Und heute geht es weiter darum, die Ungerechtigkeit, die politischen Defekte, die wirtschaftliche und soziale Schieflage der deutschen Einheit zu legitimieren und damit als alternativlos darzustellen. Es geht um die Etablierung doppelter Standards in der Beurteilung der Politik der beiden deutschen Staaten in der Zeit des Kalten Krieges, in der nicht nur eine Seite Schuld auf sich geladen hat. Und es geht darum, auch weiterhin die Anerkennung der DDR-Biografien als gleichwertig verweigern zu können.

Nicht die Kritik und die unabdingbare Verurteilung der undemokratischen Zustände in der DDR und der repressiven Politik der SED soll hier in Frage gestellt werden. Und sicherlich kann die DDR kaum als Rechtsstaat im Sinne der Gewaltenteilung gelten. Doch sie war kein Staat ohne Legalität und auch nicht ohne große Freiheiten. Als solche gelten heute die des offenen Wortes, der politischen Wahl und die Freiheit, so zu leben und zu reisen, wie man will. Sie waren in der DDR nicht gegeben. Gleichwohl gab es in vieler Hinsicht eine große Freiheit von Furcht, die darin bestand, dass für die breite Masse Wohnung, Arbeit, soziale Absicherung und Bildungschancen nicht verloren gehen konnten. Die zitierte Umfrage zeigt uns, dass deren Wertschätzung ungebrochen bleibt, auch wenn diese Freiheiten verloren sind.